

Für eine bessere Versorgung bei ungewollter Schwangerschaft

Forschungsprojekt erhebt Daten zu sozialen und gesundheitlichen Belastungen ungewollt schwangerer Frauen

Das Forschungsvorhaben „Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer - Angebote der Beratung und Versorgung (ELSA)“ will Erkenntnisse zu maßgeblichen Einflussfaktoren auf das Erleben und Verarbeiten einer ungewollten Schwangerschaft, zu den Bedarfen betroffener Frauen und zur medizinischen und psychosozialen Versorgungssituation in Deutschland sammeln. Ziel ist es, wissenschaftliche Daten bereitzustellen, auf deren Basis sich die Versorgung bedarfsgerecht und effektiv weiterentwickeln lässt.

Wie erleben und verarbeiten Frauen eine ungewollte Schwangerschaft? Welche Unterstützung benötigen sie? Und wie sind sie derzeit in Deutschland versorgt? Bis Ende Oktober 2023 wird ein interdisziplinärer Forschungsverbund wissenschaftliche Daten über die sozialen und gesundheitlichen Belastungen von Frauen erheben, die eine ungewollte Schwangerschaft austragen oder abbrechen.

An dem Projekt beteiligt sind die Hochschule Fulda (Professorin Dr. Daphne Hahn) das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut zu Geschlechterfragen Freiburg (Professorin Dr. Cornelia Helfferich), die Hochschule Merseburg (Professorin Dr. Maika Böhm), die Freie Universität Berlin (Professorin Dr. Christine Knaevelsrud), die Hochschule Nordhausen (Professorin Dr. Petra Brzank) sowie die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie II der Medizinischen Fakultät der Universität Ulm (Privatdozentin Dr. Silvia Krumm). Im Projektbeirat sind neben medizinischen Expert*innen Fachgesellschaften und Beratungsverbände vertreten. Das Bundesministerium für Gesundheit fördert das Projekt mit 4,28 Millionen Euro.

Den Wissensstand ausbauen

„Angesichts von Forschungslücken wollen wir einen angemessenen Wissensstand zu ungewollten Schwangerschaften, zu den psychosozialen Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie zur medizinischen Versorgungssituation erarbeiten und entsprechende wissenschaftliche Daten zur Verfügung zu stellen“, sagt Professorin Dr. Daphne Hahn von der Hochschule Fulda, Koordinatorin des Projektverbundes. Das Projekt werde Bedarfe aus den Lebenssituationen der Frauen ableiten, Faktoren identifizieren, die positive und negative Entwicklungen beeinflussen und vulnerable Gruppen beschreiben. „Unsere Erkenntnisse sollen die Bundes- und Landespolitik sowie Institutionen und Einrichtungen dabei unterstützen, die Versorgung von Frauen mit ungewollten Schwangerschaften zu verbessern, unter anderem bei der Qualifizierung der Fachkräfte und beim Ausbau von Kooperationen und Schnittstellen.“

Verschiedene Perspektiven integrieren

Das Forschungsvorhaben berücksichtigt dazu verschiedene Perspektiven, die durch Befragungen erhoben werden sollen: die Perspektive der ungewollt schwangeren Frauen, der betroffenen Männer sowie die von Beraterinnen und Ärzt*innen, Verbänden und Fachgesellschaften. Dafür werden Bedarfe der Frauen aus der jeweiligen Lebenssituation hergeleitet sowie spezifische Gruppen mit

besonderen Risiken für ungewollte Schwangerschaften beschrieben, so unter anderem Frauen mit psychischen Belastungen, traumatisierte Frauen, Frauen mit Flucht- und Migrationserfahrungen oder Frauen in Gewaltbeziehungen. Die Wissenschaftler*innen richten den Blick zudem darauf, welche (digitalen) Wege es zu psychosozialer Unterstützung und medizinischer Versorgung gibt und welche Profile der Nutzung und Hürden vor der Nutzung sich feststellen lassen.

Durch Befragung von Fach- und Leitungskräften sowie Verbänden und insbesondere von Ärzt*innen, die Abbrüche vornehmen, wollen die Wissenschaftler*innen erheben, welche psychosozialen Versorgungs- und Unterstützungsangebote ungewollt schwangere Frauen bzw. Frauen im Kontext ihrer Entscheidung für das Austragen oder Abbrechen dieser Schwangerschaft (digital) zur Verfügung stehen, wie die medizinische Versorgungssituation zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland aussieht (sowohl die regionale Erreichbarkeit als auch die Qualität der Versorgung betreffend) und wie sie sich begründet.

Schlussfolgerungen für eine bessere Versorgung ziehen

Das derzeitige Beratungs- und Unterstützungsangebot wird das Projekt schließlich mit den Bedarfen der Frauen abgleichen. Sind die Angebote der psychosozialen und medizinischen Versorgung in ihren vielfältigen Formen und Schnittstellen den Bedarfen der Frauen mit ausgetragenen oder abgebrochenen Schwangerschaften angemessen? Welche Weiterentwicklungen halten professionelle Fachkräfte für nötig? Auf dieser Basis werden die Wissenschaftler*innen Schlussfolgerungen für eine bessere Versorgung ziehen mit dem Ziel, die Frauen in ihrer schwierigen Lebenssituation bestmöglich zu unterstützen.

Das Verbundprojekt ist am 1. November 2020 gestartet und läuft bis 31. Oktober 2023. Die Förderung erfolgt im Rahmen der Ressortforschung im Handlungsfeld Gesundheitsversorgung des Bundesministeriums für Gesundheit.